

⁴. Sitzung — ^{4^e} séance

Donnerstag 6. Juni 1929, 8 Uhr

4. Sitzung - 4^{me} Séance

Donnerstag, den 6. Juni 1929, 8 Uhr.

Jendredi, 6 juin 1929, à 8 heures.

Präsident= Président: Hr. Walther.

Mitglieder = Membres: Anwesend= présents: 183

abwesend= absents : 15

Mit Entschuldigung= Excusés : Baumann- Rütli, Bertschinger,
Dähler, Duft, Gabathuler, Gross, Logoz, Minger, Zschokke.

Ohne Entschuldigung= Non excusés: Bolle, Escher, Golay, Ilg,
Tarchini, Walter-Olten.

- - - - -

Tagesordnung - Ordre du jour:

- - Bureau des Rates. Wahl eines Stimmzählers.

Bureau du Conseil. Election d'un scrutateur.

6/2404 Verzicht auf den Krieg. Internationaler Vertrag. (Forts.)
Renonciation à la guerre. Traité. (Suite & fin) (Schluss)

40/2288 Bleiweissfrage. Bericht des Bundesrats.
Céruse. Rapport du Conseil fédéral.

47/2454 Handelsvertrag mit Deutschland. Zusatzabkommen.
Traité de commerce avec l'Allemagne. Arrangement
additionnel.

46/2439 Weltwirtschaftskonferenz in Genf. Genehmigung des
Abkommens.

Conférence économique de Genève. Ratification des
conventions.

17/2403 Mieterschutz. Aenderung des ZGB und des OR.
Protection des locataires. Revision du CC et du CO.

- - - - -

- - - Bureau des Rates. Wahl eines Stimmzählers.

Ausgeteilte Stimmzettel 122, eingegangen 122, davon
leer 10, und ungültig 2; gültige Stimmzettel 110, absolutes
Mehr 56. Uebrige Stimmen vereinzelt. Gewählt ist mit 104
Stimmen Herr Meili.

- - - - -

- - Bureau du Conseil. Election d'un scrutateur.

Bulletins délivrés 122, rentrés 122, blancs 10, annulés 2, valables 110; majorité absolue 56. Quelques voix éparses. Est élu par 104 voix M. Meili.

- - - - -

Der stellvertretende Vorsitzende, Hr. Graber, teilt mit, dass Präsident Walther in diesem Augenblick die Organisatoren der Frauenstimmrechtspetition empfängt, und versichert die Schweizerfrauen der Sympathie der Volksvertretung.

- - - - -

M. Graber, qui occupe le fauteuil de la présidence, communique que M. le président reçoit en ce moment les organisateurs de la pétition pour le suffrage féminin et exprime aux femmes suisses la sympathie de la représentation nationale.

- - - - -

Der Ständerat teilt seine Schlussnahmen mit betr.:

51/2452 Materialanschaffungen der Post- und der Telegraphen- und Telephonverwaltung für 1930.- a.d. Kommission.

45/2434 Abteilung für Industrie und Gewerbe. Vereinigung mit dem Arbeitsamt. a.d. Kommission.

6/2404 Verzicht auf den Krieg. Internationaler Vertrag.

(Schlussabstimmung) - mit dem Ständerat wird auf die Ueberweisung an die Redaktionskommission verzichtet, die Schlussabstimmung folgt am Freitag.

- - - - -

Le Conseil des Etats communique ses décisions concernant:

51/2452 Matériel de l'administration des postes et de l'administration des télégraphes et des téléphones pour 1930. A la commission.

45/2434 Division de l'industrie et office du travail- "

6/2404 Renonciation à la guerre. Traité. (Vote final)- De même que le Conseil des Etats, le conseil renonce à renvoyer l'arrêté à la commission de rédaction. Le vote final aura lieu vendredi.

- - - - -

6/2404 Verzicht auf den Krieg. Internationaler
Vertrag.(Fortsetzung S. 127 und Schluss.)
Postulat Huber.(")

Renonciation à la guerre. Traité.

(Suite p. 127 et fin.) Postulat Huber(Suite.)

(Stenographisches Bulletin S.239-246.)

(Bulletin sténographique p. 239-246.)

- - - - -

40/2288 Bleiweissfrage. Bericht des Bundesrats.

Bericht des Bundesrats vom 2. März 1928

(Bundesblatt I, 517.)

Antrag der Kommission vom 8. Mai 1929 (Beilage No.9 a.)

Berichterstatter: HH. Brügger und Gottret.

40/2288 Céruse. Rapport du Conseil fédéral.

Rapport du Conseil fédéral du 2 mars 1928

(Feuille féd. I, 541.)

Proposition de la commission du 8 mai 1929 (Annexe no.9 b.)

Rapporteurs: MM. Brügger et Gottret.

B r ü g g e r, Berichterstatter: Nachdem wir eben eine grosse internationale Konvention behandelt haben, kommen wir jetzt zu einer kleineren, bescheideneren, nämlich derjenigen der Bleiweissfrage. Ich werde dieselbe möglichst sachlich, nüchtern und ohne epische und lyrische Zitate behandeln.

Der Bundesrat beantragt Ihnen, von seinem Bericht über die Bleiweissfrage vom 2. März 1921 in zustimmendem Sinne Kenntnis zu nehmen. In dieser Botschaft wird im Zusammenhang mit dem Entwurf zu einem internationalen Uebereinkommen Bericht erstattet über die Bleiweissfrage an der Arbeiterkonferenz, über die Bedeutung, die Gefahren des Bleiweisses im Malergewerbe, über die bisherigen Massnahmen des Bundes und über die bezüglichen schweizerischen Verhältnisse überhaupt, soweit dieselben durch die bisherigen amtlichen Prüfungen abgeklärt sind. Im gleichen Berichte wird uns die Verordnung III über die Unfallversicherung zum Schutze der Arbeitnehmer des Malergewerbes

gegen Bleiweissvergiftungen bekannt gegeben, in welcher mit kleinen Ausnahmen alle im Genfer Uebereinkommen postulierten Schutzmassnahmen angeordnet sind. Nur einen Punkt dieses Uebereinkommens, nämlich den Erlass eines gesetzlichen Verbotes der Verwendung von Bleiweiss im Innenanstrich, will der Bundesrat zur Zeit noch offen lassen, weil wichtige damit verbundene Fragen für unsere schweizerischen Verhältnisse zur Zeit noch zu wenig abgeklärt seien. Die Kommission teilt diese Auffassung, wünscht aber, dass der Bundesrat, sobald die Unfallversicherungsanstalt die nötigen Abklärungen gebracht hat, über die Bleiweissfrage in ihrer Totalität abschliessenden Bericht und Antrag einbringe. Der Antrag der Kommission, dem der Bundesrat beipflichtet, lautet: "Vom Bericht des Bundesrates wird Kenntnis genommen. Der Bundesrat wird im übrigen eingeladen, sobald die Erhebungen der Suva es erlauben, über die Bleiweissfrage in ihrer Gesamtheit der Bundesversammlung einen abschliessenden Bericht mit Antrag zu unterbreiten."

Das ist die Situation, in der wir uns zur Stunde befinden. Zur Abklärung der Verhältnisse seien mir folgende Ausführungen gestattet: Das Bleiweiss ist ein weisser Farbstoff, der im Malergewerbe ausserordentlich viel verwendet wird. Diese Anwendung ist jedoch mit Gefahren verbunden, indem Bleiweiss, einmal durch Nase und Mund in den Körper eingedrungen, die gefürchtete chronische Bleivergiftung zur Folge haben kann. Das Bild der chronischen Bleivergiftung äussert sich anfänglich in Kopfschmerzen, Abmagerung und Verdauungsstörungen; sehr häufig treten Kolikanfälle auf und Schädigungen der Niere, sich steigend bis zur Schrumpfniere. Dabei beobachtet man nicht selten Symptome von Seite der Nerven wie Tremor (Zittern) der Finger, Lähmung bestimmter Handmuskeln, Sehstörungen, Krampfstände und Gehirnerscheinungen. In schweren Fällen tritt der Tod ein, leichtere gehen unter richtiger Behandlung in Heilung über; dabei ist aber zu bemerken, dass das Vorhandensein an Blei im Körper eine allgemeine Schwächung der Konstitution zur Folge haben kann, welche den Nährboden für andere Krankheiten und Siechtum abgibt.

So einfach diese Symptome erscheinen mögen, so schwer ist in der Praxis manchmal eine sichere Diagnose auf Bleivergiftung zu stellen, weil einzelne dieser Symptome oder auch mehrere zusammen sehr oft auch bei andern Krankheiten auftreten, sodass eine Differenzialdiagnose sehr schwer oder fast unmöglich ist. Um dies zu illustrieren, wies Hr. Direktor Pfister in der Kommission auf folgenden Fall hin. Ich habe hier das Protokoll. Ein Arbeiter erkrankt unter merkwürdigen Erscheinungen. Da er in einem Betriebe tätig war, in dem er mit bleihaltigen Erzeugnissen in Berührung kam, schreibt er die Erkrankung einer Bleivergiftung zu. Der Fall wird der Unfallversicherungsgesellschaft zur Kenntnis gebracht. Da die Diagnose nicht feststeht, wird ein als besonders sorgfältig und gewissenhaft bekannter Professor der Medizin zugezogen. Gestützt auf eine gründliche Untersuchung gibt dieser Professor ein einlässliches Gutachten ab, in dem er zum Schlusse kommt, dass angesichts des Umstandes, dass alle festgestellten Störungen typische Symptome der chronischen Bleivergiftung sind, es sich nur um diese Vergiftung handeln könne. Der Patient stirbt. Bei der Sektion der Leiche wird ein Hirntumor vorgefunden und der gleiche Professor gibt ein Gutachten ab, in dem er ausführt, dass alle wahrgenommenen Störungen sich aus dem Hirntumor erklären. Die Gesamtheit der Symptome hat also zuerst gestattet, bestimmt zu sagen, es liege eine Bleivergiftung vor und nachher erwiesen sich die fraglichen Erscheinungen als diejenigen eines völlig fremden Krankheitsprozesses, eines Hirntumors. Eine andere interessante Statistik ergab bei 8 Sektionen von blei-krank angenommenen Fällen, dass drei nicht bleikrank waren.- Der heutige Stand der medizinischen Wissenschaft ist also noch nicht derart, dass die Bleivergiftung in allen Fällen mit voller Sicherheit erkannt werden kann. Auch die Frage z.B., ob das Blei durch die Haut eindringen kann- das sog. Absorptionsvermögen der Haut- ist noch nicht eindeutig entschieden; ebenso besteht noch eine Kontroverse über den Bleisaum. Bis jetzt hat man als untrügliches Zeichen einer Bleivergiftung den Nieder-

schlag von Blei am Zahnfleisch angesehen, in neuerer Zeit aber neigen wieder manche Beobachter zur Ansicht, dass der Bleisaum nur beweise, dass dessen Träger mit Blei zu tun gehabt habe und dass er deswegen nicht bleikrank sein müsse. Es muss also in medizinischer Hinsicht noch nach mehr Präzisierung der Diagnose Bleivergiftung tendiert werden als der Grundlage für das ganze Problem.

Hier ist noch ein Wort über die Statistik der Bleiweissvergiftungen einzufügen. Diese Statistiken sind vielfach unzuverlässig und lückenhaft, was eben zum Teil mit der Schwierigkeit der Diagnose zusammenhängt. Die Statistik nach den Akten der Schweiz. Unfallversicherungsanstalt ergab in den 6 Jahren 1920-1925 103 Erkrankungen, was bei 5154 Arbeitern und Hilfsarbeitern in der Flach- und Dekorationsmalerei bezogen pro Jahr und pro 1000 Arbeiter 3,4 Erkrankungen und 0,16 Todesfälle ergab. Dabei sind 10 von diesen 103 Fällen auf den Anstrich von Eisenkonstruktionen, also aller Wahrscheinlichkeit nach nicht auf Bleiweiss zurückzuführen. Ferner haben 88 Spitäler die Aufnahmen von Bleivergiftungen zusammengestellt von 1901/23 und kommen für die Maler auf 164 Fälle, d.h. auf 7,1 Fall pro Jahr. Sodann entfällt ein gewisser Prozentsatz der Bleivergiftungen nicht auf in der Schweiz erworbene Erkrankungen. Die ca. 41 % der Todesfälle bei Bleierkrankung betreffen die Kantone Graubünden und Tessin, welche Kantone nur 7 % der Schweizerbevölkerung ausmachen. Nun wandern aus diesen Bergtälern viele aus, um im Malergewerbe des Auslandes Verdienst zu suchen und kommen bleikrank heim. Bei diesen 41% aller an Hand der Sterbekarten ermittelten Todesfällen stammt wohl der grösste Teil vom Ausland. Im ganzen lassen die Statistiken bei uns eine Abnahme der Bleivergiftungen im Malergewerbe erkennen. Das kommt einmal daher, dass das staubbildende Anreiben der Farben nicht mehr vorkommt, indem diese bereits fertig gestellt und in Pastaform bezogen werden, sodann sind die Methoden bei der Arbeit selbst geändert worden: z.B. beim Schleifen und Abbimsen der Farben wird jetzt das Nassverfahren angewandt. In diesen verschiedenen Arbeitsmethoden liegt der

Schlüssel für die Erklärung der differenten Ergebnisse der Statistiken von Land zu Land, wobei die Schweiz nach allem gut abschneidet. Die Unfallversicherungsanstalt erklärt die Statistik in zuverlässiger und eingehender Weise fortzuführen und weiter auszubauen. Mit der weiteren Sicherung der Diagnose und der statistischen Verhältnisse werden wir bald eine bessere Grundlage für die Kenntnis des umstrittenen Bleiweissproblems erhalten.

Wenn aber auch Statistik und Diagnosenstellung noch nicht absolut abgeklärte Verhältnisse beschafft haben, so ist man schon längst darüber einig, dass das Bleiweiss grosse Gefahrenmomente in sich birgt und dass eine Bekämpfung derselben nötig ist als Ausfluss des Postulates des Arbeiterschutzes. Dabei muss man sich anderseits aber auch vor einer Ueberwertung der Bleigefahr hüten. Die Zahl von 16 anerkannten Fällen von Bleivergiftung des Jahres 1928 wirkt nicht so beängstigend, wie auch die Tatsache von nur 3 Invaliditäts- und 2 Todesfällen in den 3 letzten Jahren. Aber selbstredend müssen aus medizinisch-humanitären Gründen auch diese wenigen Fälle so gut wie nur möglich ausgeschaltet werden. Ueber die Art und Weise der Bekämpfung hat man sich jedoch bisher nicht zu einigen vermocht trotz der Berge von Literatur, Streitschriften und Kontroversen, die diese Frage bereits hervorgebracht. 3 Wege stehen im Brennpunkt der Diskussion- das totale Verbot, das teilweise Verbot und die Schutzmassnahmen; diese 3 Wege sollen hier kurz skizziert werden, weil es dadurch möglich sein wird, vor Ihnen das ganze Bleiweissproblem in seinen Hauptpunkten zu entrollen.-

Die radikalste Methode wäre ein vollständiges Bleiweissverbot. Dies fällt aber ganz ausser Betracht, weil Bleiweiss heute noch für den Aussenanstrich ganz allgemein und für den Innenanstrich in gewissen Fällen für unentbehrlich gehalten wird. Hier spielt die grosse Frage der Ersatzfarben hinein. Kann das Bleiweiss technisch ersetzt werden? Es gibt bleifreie weisse Farben, und zwar vor allem das Zinkweiss, das Littopon

und das Titanweiss. All diese Farben haben aber nicht die guten physikalischen und chemischen Eigenschaften wie das Bleiweiss, welch letztere in dem grossen Widerstand gegenüber Regen, Abwaschen, Dämpfen u.s.w. und in einer intensiven Deckkraft mit grosser Sparmöglichkeit beruhen. Im weitern liegt der Vorteil des Bleiweisses wirtschaftlich im geringen Verbrauch von Oel beim Anreiben und im schnellen Trocknen. Die Gutachten der beiden Sachverständigen Prof. Bosshard und Dr. Blom kommen ganz unabhängig voneinander zu einem ein Bleiweissverbot ablehnenden Standpunkt. Dr. Blom stellt in seinen Schlussfolgerungen u.a. folgende These auf:

"Beim gegenwärtigen Stande der Technik bedingt das Verbot von Bleiweiss höhere Unterhaltskosten für Gebäude. Es steht nicht ausser allem Zweifel, ob die wirtschaftlichen Schäden durch hygienische Vorteile aufgewogen würden. Ob die Kosten für die Durchführung eines Verbotes in angemessenem Verhältnis zum Nutzen stehen, den es bringen könnte, darf bezweifelt werden."

In der Praxis wurden wiederholt Versuche gemacht mit blei-freiem Aussenanstrich, die aber nicht befriedigend ausfielen. So sah sich der Bundesrat laut Botschaft S. 25 im Jahre 1908 nach vierjähriger Versuchsperiode veranlasst, das Bleiweissverbot für Malerbetriebe der Bundesverwaltung auf den Innenanstrich zu beschränken. Ganz gleich ging es der Oberpostdirektion, die angesichts der schlechten Erfahrungen das erlassene Verbot aufhob und den Malern die Verwendung von bleihaltigen Kitten und Farben zum Anstreichen von Postkutschen wieder freistellte. Auch die Erfolge und Auswirkungen von legislatorischen und administrativen Massnahmen einiger Kantone lassen erkennen, dass mit einem gänzlichen Verbot nicht auszukommen ist. Anlässlich von Erhebungen bei 62 Malerbetrieben haben 6 erklärt, ganz ohne Bleiweiss auszukommen. "Obwohl ihre Erfahrungen", sagt die Botschaft auf S. 26, "im allgemeinen als befriedigend bezeichnet werden, so dürfen doch aus ihren Aussagen keine endgültigen Schlüsse gezogen werden, denn es fehlen nähere Angaben über die Dauerhaftigkeit, der von ihnen ausgeführten Aussenanstriche und zudem kann einer der Betriebe noch kein endgültiges Urteil

fällen, da er erst die Ergebnisse der von ihm gemachten Versuche abwarten muss.

Das gänzliche Bleiweissverbot kann beim heutigen Stand der Technik und der Auffassungen im Malergewerbe gar nicht zur Diskussion gestellt werden. Für einmal dreht sich die Frage um den zweiten Weg, den des teilweisen Verbotes, nämlich des Verbotes für den Innenanstrich.

Auf diesem Boden steht die internationale Konvention. Die Diskussion über ein teilweises Verbot ist an sich berechtigt, indem rein theoretisch eine Herabsetzung des Gebrauches von Bleiweiss auch ein Mittel zur Bekämpfung der Bleikrankheit wäre. Nun liegen aber die Verhältnisse in Wirklichkeit auch hier nicht so einfach, indem die grosse Mehrzahl der Malerbetriebe auch für den Innenanstrich an der wirtschaftlichen Ueberlegenheit des Bleiweisses festhält, bestehend in seiner Ausgiebigkeit, seiner grossen Deckkraft, seiner trocknenden Wirkung und damit seines verbilligenden Einflusses auf die Bau- und Unterhaltskosten. Eine Minderheit glaubt allerdings, dass bleiweissfreie Innenanstriche den Anforderungen genügen. Interessant ist hierbei, dass diese Minderheit für Spezialfälle die Notwendigkeit von Ausnahmen zugibt, die auch die Convention für Bahnhöfe und gewerbliche Anlagen das Bleiweiss auch beim Innenanstrich gestatten will. Schon in diesen Ausnahmen liegt eine gewisse Schwäche für den Standpunkt der Minderheit und ein indirektes Zugeständnis für den Gegner.

Die Schwierigkeiten einer solchen Lösung sind ganz erhebliche, weil es sich jetzt herausgestellt hat, dass im Malergewerbe die Verwendung des Bleiweisses auch für den Innenanstrich viel verbreiteter ist, als man früher annahm und eine einschneidende Massnahme in die bisherige Praxis und Technik bedeutete.

Aus einer Resolution des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes von 1925, in der die sofortige Ratifikation der Konvention verlangt wurde, ist zu entnehmen, dass der Bau- und Holzarbeiterverband glaubt festgestellt zu haben, dass von rund 600 Betrieben nur noch 133 Bleiweiss verarbeiten.

In direktem Gegensatz dazu stehen aber die Erhebungen der paritätischen Fachkommission, welche 1926 bei den Malerbetrieben in 6 Schweizerstädten 62 Stichproben gewissenhaft durchführte. Diese musste konstatieren, dass von 62 Betrieben beim Innenanstrich 40 regelmässig, 16 teilweise Bleiweiss verwenden und nur 6, d.h. ein Zehntel der untersuchten Betriebe von der Verwendung des Bleiweisses beim Innenanstrich absehen.

Damit stimmt im übrigen auch überein, dass in den letzten 5 Jahren 1922/26 die Einfuhrstatistik zusammen mit den Angaben der schweizerischen Bleifabriken einen Verbrauch in der Schweiz von rund 205 Tonnen Bleiweiss und nur 125 Tonnen Ersatzfarben aufweist. Auch hier beim teilweisen Verbot geht der Streit der Meinungen über die Ersatzfarben, was immer die Kernfrage bleibt, heftig hin und her und bestehen grosse Gegensätze und Widersprüche. Wenn z.B. auf der einen Seite besonderes Gewicht darauf gelegt wird, dass Gebr. Sulzer in Winterthur den Innenanstrich bleiweissfrei machen, so werden auf der andern Seite Etablissements angeführt, die nur solches anwenden lassen.

Was nun aber entscheidend gegen ein teilweises Bleiweissverbot spricht, ist eine gewisse Unsicherheit, die dadurch in den Malerbetrieben entsteht. Ist das Bleiweiss so gefährlich, dann muss es ganz verboten werden und nicht nur teilweise. Gerade ein teilweises Verbot würde in der Praxis zu grossen Unzukömmlichkeiten führen und alle Nachteile mit sich bringen, welche alle Halbheiten jeweils haben. Die Maler sind gewohnt, Farbenreste zu mischen und so kommen immer wieder bleifreie und bleihaltige Reste zusammen.

Oft wird der Arbeiter dann im Glauben, er arbeite bleifrei, die nötigen Vorsichtsmassregeln ausser Acht lassen und diese

Gefahr eines falschen Sicherheitsgefühls wird vor allem auf dem Lande bei den kleinen Malerbetrieben zu befürchten sein. Auch die Schwierigkeit einer durchgreifenden Kontrolle wäre gross: fürs erste müsste kontrolliert werden, dass die Ersatzfarben auch wirklich bleifrei wären, was nicht immer der Fall ist und dann müsste die genügende Trennung der giftigen und ungiftigen Farben wie in einer Apotheke durchgeführt werden, was bei den 3000 existierenden Malerbetrieben nicht leicht wäre.

Die Unfallversicherungsanstalt in Luzern steht auf dem Standpunkt, dass ein teilweiser Ausschluss des Bleiweisses undurchführbar sei; Unfallverhütung ist nach allgemeiner Erfahrung viel schwerer, wenn Schutzmassnahmen nur teilweise und nur in einzelnen Fällen angewendet werden.

Mit Recht ist in der Kommission der Vergleich mit der Jauchegrube angezogen worden, welche letztere ungedeckt weniger gefährlich ist, als wenn sie mit einem morschen Brett zugedeckt wird, weil dadurch ein falsches Sicherheitsgefühl erweckt wird.

Wenn ein Verbot aufgestellt werden kann, dann nur ein ganzliches, weil ein teilweises in diesem Falle keine Lösung, sondern nur eine Verschlimmbesserung bedeutet.

Bei dieser Sachlage hält der Bundesrat dafür, dass die Frage des teilweisen Verbotes noch offen bleiben soll. Er verneint sie nicht, will aber behufs weiterer Abklärung zuwarten, um nicht als Negierung gewissermassen in einer technisch so umstrittenen Frage das entscheidende Wort zu sprechen. Das scheint uns ein sehr vernünftiger Standpunkt zu sein.

Es ist auch ohne weiteres klar, dass man nicht alle Gefahren des täglichen Lebens in Gewerbe und Industrie durch ein Verbot derselben ausschalten kann. Wohin käme man da? Fast jeder Beruf hat seine Gefahren, und es wäre wohl eine Torheit, wenn man das Kind mit dem Bade ausschütten wollte. Das Leben bringt es mit sich, dass jeder Berufsmann sich mal in erster Linie selbst schützen muss und nur wo dauernde und grosse Gefahrmomente vorliegen, hat der Staat Vorbeugungsmassnahmen anzuordnen. Die Gefahren für das Fahrpersonal der S.B.B. sind

zweifelloos durch die Elektrifikation bedeutend erhöht worden, aber es ist noch keinem Menschen eingefallen zu perhorreszieren, sondern man sucht die Gefahren durch Vorbeugungsmassnahmen möglichst zu vermeiden, ohne die volkswirtschaftlichen Vorteile der Elektrifikation opfern zu müssen.

Aber noch andere volkswirtschaftliche Bedenken werden gegen eine Verdrängung des Bleiweisses geltend gemacht. Bleiweiss wird im Inland produziert, aber Ersatzfarben müssen wir ausnahmslos vom Ausland beziehen. Ein Bleiweissverbot würde uns eine weitere Abhängigkeit vom Ausland bringen. Die Erhaltung unserer Bleiweissindustrie muss durchgesetzt werden, wenn deren Opferung aus humanitären Gründen nicht eine absolute Notwendigkeit ist, was aber heute noch von massgebender Seite bestritten wird.

Wenn der Bundesrat aus diesem Zwiespalt der Meinungen heraus die Frage des teilweisen Verbotes noch offen lässt, so tritt er aber für sofortige ausgedehnte Schutzmassnahmen ein, die denjenigen des internationalen Uebereinkommens vollständig angelehnt sind, ja sogar noch darüber hinausgehen.

Damit kommen wir zum dritten Weg in der Bekämpfung der Bleikrankheit, zu den Schutzmassnahmen.

Die grosse Mehrheit der Malerbetriebe steht auf diesem Boden, wobei allerdings verlangt werden muss, dass die Schutzvorschriften gesetzlich umschrieben und allgemein durchgeführt werden müssen. Tatsächlich halten wir dafür, dass die Bleiweissfrage eine Frage der Aufklärung, der Hygiene und der Arbeitsmethode ist.

Arbeitnehmer wie Arbeitgeber müssen über die Gefahren und das Wesen der Bleiweissfarben aufgeklärt sein. Aus der Erkenntnis dieser Gefahr ergeben sich dann ohne weiteres zunächst die hygienischen Massnahmen bei der Arbeit: wie Rauch- und Essverbot, die grösste Reinlichkeit durch Waschen während und nach der Arbeit u.s.w. Im Ferneren heben sich von selbst gewisse rationelle Arbeitsmethoden ab, um der Staubentwicklung beim Abwaschen und Abkratzen von Farbstrichen entgegenzuwirken. Der

Bundesrat hat durch eine Verordnung III über die Unfallversicherung (Schutz der Arbeitnehmer des Malergewerbes gegen Bleivergiftungen) in weitgehendem Masse die Schutzvorschriften den diesbezüglichen Bestimmungen des internationalen Uebereinkommens betreffend die Verwendung von Bleiweiss zum Anstrich angesetzt. Diese regeln zum Teil die Organisation und die Abwicklung der Malerarbeit, zum Teil betreffen sie das Verhalten der Arbeiter bei der Arbeit, sowie die damit zusammenhängenden Verrichtungen.

Diese Verordnung ist wie bemerkt eine Verwirklichung des internationalen Uebereinkommens, soweit dieses Schutzmassnahmen vorsieht. Sie geht aber darüber hinaus, indem die obligatorische Unfallversicherung auf alle Malerbetriebe ausgedehnt ist und indem sie die Ausdehnung der Schutzmassnahmen auch auf andere bleihaltige Farben wie Mennige, Bleichromat u.s.w. vorsieht. Wenn der Bundesrat auch zur Zeit die Frage des teilweisen Bleiweissverbotes offen lässt, weil die technische Seite- das Problem der Ersatzfarben- noch nicht abgeklärt ist, so bedeuten die getroffenen Massnahmen einen ganz wesentlichen, unverkennbaren Fortschritt im Kampfe gegen die Bleiweissgefahren. Es ist zu bemerken, dass eine Fachkommission von Malermeistern und Vertretern der Malerarbeiter diesem Vorgehen als im jetzigen Moment einzig mögliche zugestimmt haben, wobei allerdings von letzteren die grundsätzliche Einstellung zur Bleiweissfrage unberührt sein sollte.

Was den Beschlüssen des Bundesrates noch besonderes Gewicht gibt, ist der Umstand, dass er die Unfallversicherungsanstalt als Zentralstelle für die Durchführung und Beobachtung der Schutzmassnahmen bestellte und ihr auch die weitere wissenschaftliche und statistische Verfolgung dieses nicht leichten Problems übertrug. In der Kommission bekamen wir den Eindruck, dass die Organe der Unfallversicherungsanstalt der weiteren Verfolgung der Bleiweissfrage ein ganz besonderes Interesse entgegenbringen und dass sie das Problem im Sinne der ausgezeichneten, trefflich fundierten Botschaft weiterverfolgen werden.

Da die Versicherungsanstalt in Luzern wegen der Versicherung der Malerbetriebe mit diesen in Kontakt sein muss, wird ihr auch die Kontrolle über die Schutzmassnahmen erleichtert.

Mit dem Antrag auf Nichtratifikation der Konvention in diesem Momente wird uns da und dort der Vorwurf eines unangebrachten Konservativismus gemacht nebst demjenigen einer Sabotierung von internationalen Uebereinkommen überhaupt. Demgegenüber ist zu bemerken, dass Handel, Gewerbe und Industrie mit Recht- allgemein gesprochen- am Bestehenden festhalten und die Einmischung des Staates ablehnen, wenn eine solche nicht einwandfrei durch höhere und allgemeine Interessen geboten wird und dazu im Bereich des Möglichen liegt. Heute ist aber das ganze Bleiweissproblem weder medizinisch, technisch noch wirtschaftlich abgeklärt, sodass eine endgültige Stellungnahme aufgeschoben werden muss. Die Kommission ist aber einstimmig der Ansicht, dass diese Klarstellung durch die Unfallversicherungsanstalt möglichst rasch zu erfolgen habe, damit der Bundesrat dann in abschliessender Weise zur Bleiweissfrage Stellung beziehen kann.

Was die Ratifikation von internationalen Uebereinkommen anbetrifft, so gibt es wohl Staaten, welche die internationale Solidarität durch Ratifikationen von Konventionen nach aussen markieren, aber dann später ihre Gesetze nicht anpassen oder mangelhaft durchführen. Damit aber wird der Sache selbst kein Dienst erwiesen.

Wir in der Schweiz haben die Gepflogenheit, wenn wir einmal einer Konvention beigetreten sind, sie auch zu halten. Die Ratifikation im vorliegenden Fall, d.h. das Verbot für den Innenanstrich, ist kein Fortschritt in der Bekämpfung der Bleiweissgefahr und darin liegt die innere Begründung ihrer derzeitigen Ablehnung.

Der Völkerbund (in Paranthese bemerkt) wird seine Stellung und seine Bedeutung nicht in der Ratifikation einiger wirtschaftlicher Konventionen auf die Dauer verankern können, sondern

da muss er einmal zu einer wirklichen Tat schreiten und in der grossen politischen Konvention der allgemeinen Abrüstung einen Schritt vorwärts machen,- dann werden ihm Tausende von Anhängern, die heute wankend und irre geworden, treu bleiben, und Millionen neuer Freunde werden sich einfinden, um dieses grandiose Menschheitsideal zu verwirklichen.

Für uns in der Schweiz kommt weiter in Betracht, dass wir gegen ein Gesetz, das die Ratifikation ermöglicht, ein Referendum zu befürchten haben und zwar aus der Mentalität der Malermeister heraus gegenüber einem teilweisen Verbot. In einem Referendumskampf würden wir aber nur auf Erfolg hoffen können, wenn wir uns auf möglichst abgeklärte Verhältnisse stützen können. Die politische Einsicht in real Erreichbares wird uns vor unklugen Experimenten schützen.

Im übrigen ist zu sagen, dass das Bleiweissverbot nicht Selbstzweck ist, sondern die Hauptsache bleibt, dass die Bleiweissgefahr bekämpft und auf ein Minimum beschränkt wird, was durch die bundesrätlichen Massnahmen zweifellos erfolgen wird.

1. Der vom eidg. Volkswirtschaftsdepartement vorgelegte Entwurf einer Verordnung III über die Unfallversicherung (Schutz der Arbeitnehmer des Malergewerbes gegen Bleivergiftung) wird genehmigt.

2. Die Frage des Erlasses eines gesetzlichen Verbotes der Verwendung von Bleiweiss im Innenanstrich in der Ratifikation des diesbezüglichen internationalen Uebereinkommens bleibt offen; die weitere Prüfung des Problems wird der Schweizerischen Unfallversicherungsanstalt in Luzern übertragen.

3. Der Bundesversammlung ist über die Ergebnisse der bisherigen amtlichen Prüfung und über die Stellungnahme des Bundesrates zu berichten und es wird einem diesbezüglichen vom eidg. Volkswirtschaftsdepartement vorgelegten Entwurf eines Berichtes die Genehmigung erteilt.

Die Kommission beantragt Ihnen: "Vom Bericht des Bundesrates wird Kenntnis genommen. Der Bundesrat wird im übrigen eingeladen, sobald die Erhebungen der Suva es erlauben, über die Bleiweissfrage in ihrer Gesamtheit der Bundesversammlung einen abschliessenden Bericht mit Antrag zu unterbreiten."

M. G o t t r e t , rapporteur: A la suite des travaux de la troisième et de la quatrième conférence internationale de travail, il a été élaboré un projet de convention concernant l'emploi de la céruse dans la peinture.

Le Conseil fédéral a estimé qu'avant de s'engager dans cette voie, la sagesse et le bon sens commandaient de prodéder tout d'abord à une étude approfondie du problème. L'office fédéral du travail fut chargé de l'enquête dont le message officiel du 2 mars 1928 convient le résultat.

La question du reste n'est pas nouvelle. Au siècle dernier déjà, les hygiénistes se préoccupaient de la céruse pour ceux qui la maniaient.

Les ouvriers couraient fréquemment le risque de s'intoxiquer en un temps où l'on négligeait de prendre des mesures de propreté dictées par l'expérience et conseillées par la faculté.

Le carbonate basique de plomb dénommé céruse, mélangé à l'huile, constitue sans contredit le pigment le plus solide et le plus répandu dans l'industrie de la peinture. Il sert à peindre en blanc ou bien à obtenir des tons clairs quand on tient à préserver une surface de contact de l'air, tout en flattant l'oeil.

Depuis le milieu du XIXème siècle, un ancien ouvrier peintre, témoin des ravages qui causait le poison sur les gens de métier, M.J. Leclaire se donna pour mission de rechercher un succédané anodin et il préconise l'usage du blanc de zinc.

En France, l'emploi de cette substance ne tarda pas à

se généraliser, grâce aux dispositions prises par les pouvoirs publics.

La campagne menée au début du XXème siècle contre l'insalubrité de certaines industries attira l'attention de plusieurs gouvernements.

L'association internationale pour la protection légale des travailleurs d'efforça de lutter contre l'usage du phosphore et de la céruse. Le mouvement concerté amena plusieurs pays à légiférer en cette matière.

La France, l'Autriche, la Suède, la Belgique et l'Allemagne promulguèrent des ordonnances plus ou moins sévères.

On se servit de plus en plus soit du blanc de zinc (Zn O 2) soit du lithopone-composé de sulfate de baryum, de sulfure et d'oxyde de zinc- et de blanc de titane- oxyde de titane- que fabriquent les Etats-Unis, la Norvège et l'Allemagne.

A son tour, la Suisse entra en lice. La loi fédérale du 26 avril 1887 investit le Conseil fédéral d'un droit nouveau. L'industrie du bâtiment dut soumise à la responsabilité civile. La liste des substances engendrant certaines maladies professionnelles fut dressée. En vertu de ces dispositions, les ouvriers utilisant la céruse ou la fabriquant avaient le droit de réclamer des dommages provenant de l'intoxication saturnine. Toutefois les entreprises occupant moins de cinq ouvriers échappaient aux sanctions légales. L'introduction de l'assurance obligatoire contre les accidents le 13 juin 1911 combla cette lacune.

Mais ces mesures ne s'attaquaient en réalité qu'aux effets du saturnisme. En 1897, les inspecteurs des fabriques publièrent des instructions destinées aux ouvriers fabriquant ou employant les sels de plomb. L'observation des règles de stricte propreté, y lisait-on, constitue la plus efficace des prophylaxies.

Sur la proposition du Département fédéral de l'industrie, le conseil fédéral, à la date du 30 juin 1908, proscrit l'em-

ploi de la céruse dans les travaux de peinture intérieure. La direction des constructions fédérales et celle des C.F.F. insérèrent dans les cahiers des charges des prescriptions conformes à la décision officielle.

Cantons et communes ne tardèrent pas à emboîter le pas. Mais l'interdiction décrétée ne fut pas strictement observée, car elle se heurtait à toutes sortes de résistances.

Conférence internationale du Travail en 1921.

L'inscription du problème de la céruse figure à l'ordre du jour de cette mémorable assemblée.

Le bureau international du travail envoya un formulaire à chacun des membres de l'organisation.

Mais le peu de temps dont on disposait ne permit pas de procéder à une enquête approfondie et le Conseil fédéral se borna à transmettre les avis émanant des inspecteurs des fabriques et du service d'hygiène.

Les rapports admettaient comme désirable la prohibition de la céruse, mais se demandaient si, du point de vue technique, la chose était possible, de sorte que la réponse du Conseil fédéral se tint dans les limites d'une prudente réserve.

Toutefois nos délégués votèrent le compromis conservant le droit de soumettre l'ensemble de la question à un examen plus complet.

A l'Office fédéral du travail incombait l'étude du problème.

L'enquête menée avec diligence n'apporta aucun éclaircissement sur un point essentiel à savoir si l'industrie de la peinture pouvait ou non se passer totalement du sel de plomb.

En effet, les intéressés, patrons et ouvriers, exprimèrent des opinions diamétralement opposées.

L'Union syndicale suisse recommanda l'interdiction absolue de l'emploi de la céruse. Elle assurait que sur 600 entreprises, 133 seulement l'employaient.

L'association suisse des maîtres plâtriers-peintres se prononça contre la ratification de la convention.

Le saturnisme diasit-elle, n'apparaît que dans des cas extrêmement rares.

Preuve en est que la caisse nationale d'assurance contre les accidents a fortement réduit le taux général de ses primes en le ramenant de 3, 2 à 2,4 %.

Aujourd'hui les conditions de manipulation ont changé. Le peintre n'a plus maintenant à broyer ni à tamiser la céruse à l'atelier. Il la reçoit sous forme de pâte qu'il n'a plus qu'à mélanger à l'huile.

On ne mange ni on ne fume plus les mains souillées. L'ordre et la propreté règnent dans les chantiers.

Les dispositions protectrices ont conduit à des résultats satisfaisants et l'on se demandait s'il fallait recourir à une interdiction. Du reste, aucune autre substance ne présente une résistance aussi grande que la céruse aux agents atmosphériques. C'est par excellence la couleur indispensable. Elle fournit une base solide pour les couches superposées, elle couvre une plus grande surface; étant plus liquide, elle permet un travail plus rapide et sèche facilement.

Cependant l'Union centrale des associations patronales suisses émit l'opinion qu'aucune raison grave ne s'opposait à la ratification. Toutefois, elle recommanda d'attendre, avant de se lier définitivement, que les pays concurrents eussent fait connaître officiellement l'attitude qu'ils comptaient adopter.

En outre, sur 16 rapports des gouvernements cantonaux, quatre seulement, (Zurich, Lucerne, St.Gall et Genève) opinent en faveur de l'approbation de la convention.

Les délibérations de la commission paritaire pas plus que les consultations d'experts qualifiés ne projetèrent une lumière complète sur la question controversée.

L'intoxication saturnine. C'est incontestable, la céruse est toxique, tandis que ses succédanés: oxyde de zinc, lithopone, blanc de titane sont inoffensifs. L'intoxication se produit soit par inhalation des poussières, soit par déglutition de la céruse.

Autrefois, l'ouvrier devait tamiser le produit et respirait par conséquent les parties impalpables; le grattage à sec des vieilles peintures engendrait les mêmes dangers.

Aujourd'hui, l'opération s'effectue à la fabrique même avec toutes les précautions requises. L'ouvrier la reçoit sous forme de pâte. De ce côté le péril semble conjuré.

Le grattage est précédé d'un lavage avec une solution de potasse caustique, ce qui, en fait, supprime sa nocivité.

La pénétration par voie cutanée est nulle et ne saurait provoquer un empoisonnement.

Celui-ci se manifeste dans la première phase par des maux de tête et un amaigrissement général. Dans la seconde période, il peut entraîner de redoutables complications, telles que troubles gastriques et intestinaux, altération de la vue et du système nerveux, néphrite, etc.

Tout ceux qui, à l'état habituel, manient du plomb, fondeurs de caractère d'imprimerie, compositeurs, ferblantiers, tailleurs de limies, fondeurs de grenaille de plomb, potiers et vernisseurs sont exposés à contracter cette maladie professionnelle.

Heureusement les cas de saturnisme sont rares en Suisse et ceux qui apparaissent ont un caractère plutôt bénin.

En 1907, à Genève, après enquête faite auprès de 58 médecins de caisses de maladie, il résultait que le saturnisme ne se rencontre que très rarement dans notre canton.

Suivant les rapports des inspecteurs fédéraux des fabriques, cette maladie subit une forte régression. Pendant qu'en 1907 on constatait 40 cas en Suisse, 68 en 1911, 37 en 1912, 45 en 1913, 22 en 1914, on n'en compte plus que 5 en 1915, 7 en 1917 et 5 en 1917-18.

De 1901 à 1923, les 88 hôpitaux suisses ont soigné 286 personnes atteintes de saturnisme, dont 164 étaient des peintres. Sans doute ce nombre, tout étant réduit, est encore trop im-

portant. Mais qu'est-ce que 286 cas en 22 ans, si on les compare aux ravages énormes que font parmi notre population la tuberculose, le cancer et la syphilis ?

Les tableaux de mortalité saturnine qui figurent dans le message fournissent des renseignements sensiblement analogues à ceux des hôpitaux.

Le projet de convention. Le projet de convention proscriit l'emploi de la céruse à l'intérieur des bâtiments sauf dans les travaux de peinture des gares de chemins de fer et dans les établissements industriels où il est reconnu nécessaire.

Les jeunes gens de moins de 18 ans et les femmes ne sont pas admis à manipuler le poison.

Son utilisation est soumise à une sévère réglementation.

Des statistiques relatives au saturnisme des ouvriers peindres seront dressées.

Le projet contient encore d'autres dispositions ténorisées dans le message.

L'interdiction partielle de la céruse entraîne des inconvénients d'ordre différent.

1) du point de vue économique d'abord.

D'après une enquête menée avec tout le sérieux que comporte le sujet, il appert que l'industrie de la peinture utilise la céruse, même pour les travaux de l'intérieur, dans des proportions beaucoup plus fortes qu'on ne le supposait. L'interdiction aurait pour conséquence de modifier profondément la technique de ce métier. Elle occasionnerait en outre un recul marquant de la production indigène. Celle-ci couvre les besoins du pays. En recourant aux succédanés, ce serait de l'argent sorti du pays qui profiterait exclusivement à des fabriques étrangères.

Le blanc de zinc et les autres "ersatz" n'offrant pas les mêmes garanties de durée, il faudrait procéder à des travaux d'entretien plus fréquents, d'où résulteraient des frais supplémentaires considérables.

2) Le projet de convention défend l'emploi de la céruse à l'intérieur et l'autorise à l'extérieur.

Comment exercer un contrôle serré?

Pénétrera-t-on dans les locaux privés pour prélever des échantillons de peinture? Le blanc de zinc renferme souvent de la céruse en faible proportion: l'analysera-t-on ?

De l'avis des experts, ce serait une tâche ardue, pour ne pas dire impossible.

Seule, une normalisation des couleurs empêcherait que l'interdiction n'aboutît à de dangereuses illusions.

A quoi servirait d'édicter des mesures sévères, si, dans la règle, elles ne pouvaient être appliquées?

Mieux vaut donc recourir à une autre solution, provisoire sans doute, mais conduisant à des résultats pratiques.

Ces raisons ont engagé le Conseil fédéral, sur la proposition du département de l'économie publique, à proposer l'ordonnance III sur l'assurance-accidents basée sur les principes suivants:

1) Les entreprises exécutant des travaux de peinture sont soumises à la loi fédérale sur l'assurance-accidents;

2) Afin d'éviter les dangers d'intoxication saturnine, des mesures générales de protection sont envisagées.

Les produits contenant des pigments toxiques ne sont manipulés que sous forme de pâte ou de peinture confectionnée.

Le ponçage et le grattage à sec sont défendus.

Les ouvriers sont streints à prendre des soins de propreté indispensables et à porter des vêtements spéciaux qu'ils quitteront à la fin de leur travail.

La caisse nationale d'assurance veillera à l'exécution stricte de ces prescriptions; elle peut faire examiner, par des médecins de son choix l'état sanitaire des ouvriers. Il demeure interdit d'employer des jeunes gens de moins de 18 ans et des femmes aux travaux de peinture comportant l'usage de la céruse; des sanctions sont prises contre les contrevenants.

Les dispositions telles qu'elles sont ténorisées dans l'ordonnance ne réclament pas de longs commentaires.

Confié à la Caisse nationale d'assurance, le contrôle se révélera particulièrement efficace. En liant le contrôle à l'assurance, on arrivera à obtenir tant des patrons que des ouvriers une plus sérieuse application des mesures de protection.

Celles-ci marquent un progrès important dans la lutte contre les dangers du saturnisme.

Après quelques années de ce régime, le Conseil fédéral se trouvera à même de ratifier la convention. Il possédera alors les éléments d'appréciation qui lui manquent aujourd'hui.

La statistique précisera l'étendue du mal et la question de l'interdiction légale de l'emploi de la céruse ainsi que la ratification de la convention internationale pourront alors être envisagées.

L'établissement de données sérieuses se trouvera grandement facilité par l'extension de l'assurance obligatoire à toutes les entreprises de peinture qui n'y sont pas encore soumises. La base légale de ce système repose sur l'art. 60 bis chiffre 1, lettre B de la loi fédérale sur l'assurance en cas de maladie et d'accidents qui autorise notamment le Conseil fédéral à déclarer l'assurance obligatoire applicable aux entreprises utilisant des matières dangereuses pour la santé.

Les travaux de peinture exécutés en régie ou effectués par des particuliers pour leur propre compte tombent également sous le coup des mêmes dispositions.

De sorte que toutes les entreprises de peinture sans aucune exception, grandes et petites, subiront le même traitement, ce qui est conforme à l'équité.

La seconde partie de l'ordonnance, en vertu des articles 65 et 131 de la loi fédérale précitée, oblige toute entreprise assurée à veiller activement sur la santé du personnel employé par l'application de mesures prophylactiques efficaces. La

Caisse nationale est en droit d'ordonner celles qui lui paraissent indiquées.

Dans ces conditions, l'intoxication saturnine deviendra de plus en plus rare, sans compter que la Caisse nationale, pour dépister les intoxications latentes, est autorisée à soumettre à titre prophylactique tout cas suspect à un examen médical approfondi.

La troisième partie de l'ordonnance vise l'emploi des femmes et des jeunes gens dans les travaux de peinture. La question est réglée du reste par la loi sur les arts et métiers et la loi sur les fabriques. Il paraît superflu d'insister sur cette heureuse disposition à laquelle tout le monde souscrit sans la moindre arrière-pensée.

Nous estimons que la décision du Conseil fédéral tendant à surseoir à l'adoption immédiate de la Convention paraît prudente et sage. Elle est dictée par le souci de ne faire qu'à bon escient un nouveau pas en avant dans la voie des arrangements internationaux.

Sans manquer aux règles de modération et de courtoisie qui sont de mise dans le domaine diplomatique, il nous est loisible de constater que, dès qu'elle a apposé sa signature au bas d'un accord de cette nature, la Suisse se fait une obligation stricte d'en remplir scrupuleusement les conditions. Peut-on en dire autant de tous les autres pays?

Tout en rendant hommage à l'oeuvre du B.I.T. qui applique avec un zèle dévorant les principes ténorisés dans le chapitre XIII du traité de Versailles, nous ne pouvons nous empêcher de nous demander si l'allure à laquelle on nous invite à marcher ne dépasse point quelque peu nos forces, nos habitudes et notre volonté.

Sans doute, il a eu le mérite incontestable de réveiller certains gouvernements de leur indifférence et de leur torpeur et d'attirer leur attention sur les dangers de toutes sortes que faisait courir à la santé publique l'exercice de certains

métiers.

Mais, comme nous l'avons démontré, le saturnisme fait heureusement peu de victimes dans notre pays.

Que sont-ce ses méfaits en regard des ravages incalculables que sèment parmi notre population et la tuberculose et le cancer et la syphilis et l'alcoolisme? Les voilà les véritables maladies sociales, les sombres pourvoyeuses des hôpitaux et des cimetières, celles qui peuplent les hospices et les asiles et menacent même l'avenir de la race.

En résumé, l'ordonnance du Conseil fédéral apporte deux innovations d'une réelle importance: la première étend l'assurance obligatoire contre les accidents à la généralité des entreprises uniformes et d'une efficacité certaine.

La Caisse nationale des assurances veillera à leur stricte application; elle établira une statistique exacte des cas d'intoxication; puis, à chaque jour suffit sa peine et, dans un avenir que j'espère rapproché, une fois l'étude achevée, si elle est concluante, la Suisse se rangera aux côtés des 16 Etats acceptants et ratifiera la convention.

Au nom de la commission unanime, je vous invite donc, Messieurs les conseillers, à prendre acte du rapport du Conseil fédéral sous la condition suivante à laquelle la commission unanime a souscrit:

La commission du Conseil national prend acte du rapport du Conseil fédéral.

Le Conseil fédéral est invité à présenter avec proposition aux Chambres fédérales un rapport définitif sur l'ensemble de la question de la céruse aussitôt que les études de la Suva le permettront.

W e l t i - Rheinfelden: Wenn ich mir gestatte in diesem Zusammenhang auch einige Bemerkungen zu machen, so geschieht es in erster Linie einmal, um zu skizzieren, warum die Kommissionsminderheit heute dazu gekommen ist, ihre Oppositionsstellung aufzugeben, wenigstens zur Zeit, und dann aber auch um

einige Bemerkungen zu den Ausführungen der Kommissionsreferenten zu machen. Eine Minderheit Ihrer Kommission von 6 Mitgliedern hatte Ihnen ja seinerzeit den Antrag unterbreitet: "der Antrag der Kommissionsmehrheit sei abzulehnen", also der Bericht des Bundesrates sei nicht in zustimmendem Sinne entgegenzunehmen. Und dann hat eine Minderheit von 5 Mitgliedern die Motion gestellt: "Der Bundesrat wird eingeladen, Bericht und Antrag einzubringen, der die Voraussetzungen zur Ratifizierung des internationalen Uebereinkommens betreffend das Bleiweissverbot schafft."

Nun haben Sie aus dem Munde der Kommissionsreferenten erfahren, dass diese Minderheit ihre Anträge in der letzten Sitzung in Luzern zurückgezogen, und dass die Kommission sich damit auf einen gemeinsamen Antrag geeinigt hat. Das geschah nach einem Votum des Herrn Bundesrat Schulthess, und es geschah aus ganz opportunistischen Gründen, ohne dass etwa die Kommissionsminderheit ihren prinzipiellen Standpunkt in dieser Frage aufgegeben hätte; ich möchte dies hier ganz besonders deutlich betonen. Herr Bundesrat Schulthess wünschte, dass die Bleiweissfrage für die Schweiz in ihrer Totalität noch besser überprüft werde und dass die statistischen Erhebungen der Schweizerischen Unfallversicherungsanstalt zuerst fortgesetzt werden sollten. Das Malergewerbe steht ja erst seit kurzer Zeit unter den Bestimmungen der SUVA. Er wünschte ferner, dass auch das Studium der Ersatzfarben für die Bleiweissfarben durch die SUVA weiter fortgesetzt und dass auch die Möglichkeit eines Totalverbotes der Bleiweissfarben ins Auge gefasst werde, also einer Massnahme, die bedeutend weitergeht als sie das internationale Bleiweissabkommen vorsieht. Herr Bundesrat Schulthess hat sich auch ferner sofort damit einverstanden erklärt, dass eine Limitation der Frist gestellt werden könnte, bis wann nämlich ein neuerlicher Bericht und Antrag des Bundesrates erfolgen solle. Unter dem Eindruck dieses Votums glaubten wir unseren Antrag fallen lassen zu dürfen, und unsere Fraktion hat unsere Stellungnahme gebilligt, verlangt aber, dass eben gewisse Fristen gesetzt

werden nach Antrag des Herrn Rosselet, also zwei Jahre. So viel über unsere Stellungnahme in dieser Frage; es kann also gar keine Rede davon sein, dass wir vor den Argumenten der Kommissionsmehrheit kapituliert hätten.

Nun hat Ihnen der Kommissionsreferent in seinen Ausführungen besonders dargelegt, welche Bedeutung in dieser Frage die Statistik hat. Ich habe in der Kommission auch schon zu dieser Frage Stellung genommen und möchte nicht unterlassen, es hier ebenfalls zu tun. Der Herr Referent hat Ihnen erklärt, aus der Statistik ergebe sich der Eindruck, dass die Fälle von Bleivergiftungen abnehmen, dass die Schweiz, was die Zahl der Erkrankungen und Todesfälle an Bleiweiss anbelangt, gut abschneide und dass wir uns nach diesen statistischen Erhebungen vor einer Ueerbewertung dieser Bleiweisserkrankungen hüten sollten. Ich möchte von vornherein auch hier das, was ich in der Kommission betont habe, mit allem Nachdruck wiederholen: dass man eben in dieser Frage, was die Statistik anbelangt, durchaus zweierlei Meinung sein kann und dass die Art und Weise, wie in dieser Richtung auch in medizinischen Kreisen verfahren wird, durchaus divergierend ist. Es gibt Versicherungsärzte, die beispielsweise eine Bleivergiftung dort nicht annehmen, wo sich im mikroskopischen Blutbild schon starke Zerstörungen der Blutkörperchen zeigen. Wenn natürlich die Statistik von der SUVA auf eine solche Art und Weise durchgeführt würde, so kämen wir auf eine verhältnismässig geringe Zahl von Erkrankungen in der Schweiz. Ich möchte aber davor warnen, eine solche Statistik kritiklos entgegenzunehmen, und hoffen, dass die SUVA ihre Statistik auf einer andern Grundlage aufbauen wird.

Gewundert hat mich auch die Kritik des Herrn Kommissionsreferenten an dem Wert der Ersatzfarben. Ich möchte auch in dieser Hinsicht hoffen, dass die Untersuchung, die die SUVA ja fortsetzen wird nicht ungünstig präjudiziert werde. Die Argumente, die die Kommissionsmehrheit gegen ein Totalverbot und

gegen ein teilweises Verbot vorbringt haben sicher nicht überzeugt, und ganz besonders auch die Konklusion^{en}/nicht, die daraus gezogen worden sind und die Meinung, dass nur da, wo grosse Gefahren vorhanden seien, der Staat einzugreifen habe; sondern wir sind der Ansicht, dass alles getan werden sollte, um hier Remedur zu schaffen, und dass jedes Menschenleben, das auf diese Weise geschont werden kann, Anspruch hat auf alle Massnahmen, die geeignet sind, die schweren Bleierkrankungen zu verhüten.

Es ist mir gerade heute ein für diese Frage der Wirkung und Möglichkeit des teilweisen Verbotes des Bleiweisses interessanter Brief von Dr. von Muralt zugestellt worden, der ja seinerzeit eine Schrift "Die Bleiweisskonvention" geschrieben hat, eine Schrift, die Ihnen zugestellt worden ist und auf Ihrem Tische liegt. Herr Dr. von Muralt hat in diesem Briefe geschrieben: "Ich habe mich gestern bei der hiesigen Gewerbeinspektion- er ist gegenwärtig in Wien- auf dem Ministerium für soziale Verwaltung nach den Verhältnissen im hiesigen Malergewerbe erkundigt. Die Dame, die mir Auskunft gab, eine Aerztin, sagte mir, dass das Innenverbot für Bleifarben sich gut bewährt habe. " Sie hören also: gerade das Gegenteil dessen, was Ihnen die Referenten erklärt haben. "Es werde im ganzen streng durchgeführt, Uebertretungen kämen gewiss hie und da vor, doch würden sie sehr bestraft. Technisch sei die Durchführung des Verbotes durchaus möglich" - im Gegensatz zu dem, was die Referenten und auch der Bericht des Bundesrates sagen. "Die Zahl der Erkrankungen sei gegenüber früher enorm zurückgegangen. Die Hauptquelle für die heute noch vorkommenden Fälle von Bleivergiftungen seien Akkumulatorenfabriken und einige schlecht eingerichtete Fabriken für Bleiweisserzeugung."

Und nun noch eine Bemerkung über die Frage der Ratifikation. Die Minderheit der Kommission steht durchaus auf dem Boden, dass es wohl besser gewesen wäre, die internationale Konvention zu ratifizieren. Wir haben ja seinerzeit- ich habe in der

Kommission auch darauf aufmerksam gemacht- einen schlechten Griff getan als wir die Opiumkonvention nicht sofort ratifizierten. Es könnte uns mit dieser Bleiweisskonvention ebenso gehen, und wir könnten in eine recht unangenehme Situation hineingeraten. Allerdings habe ich vor einigen Monaten in einem führenden bürgerlichen Blatt gelesen, dass wir mit der Ratifikation solcher internationaler Abkommen nie eilen sollten, denn es hätte uns bis jetzt noch nie geschadet. Von diesem Standpunkte aus ist die Sache natürlich einfach: man kann die andern Staaten vorangehen lassen und wir ~~warten~~ nach einigen Jahren hintendrein. Aber man kann auch anderer Meinung sein.

Es wäre also nach dem jetzigen Stand unserer Kenntnis über die schweren Bleiweisserkrankungen und über die Möglichkeiten sie zu verhüten nicht allein durch personelle Schutzmassnahmen und Vorschriften, sondern eben durch totales oder teilweises Verbot das beste gewesen, diese Konvention zu ratifizieren. Wenn wir heute trotzdem nachgegeben haben, so natürlich nur in dem Sinne, dass möglichst rasch und jedenfalls innerhalb der zwei Jahre, die Herr Rosselet fordert, der Bundesrat neuerdings Bericht und Antrag vorlegt.

Bundesrat S c h u l t h e s s : Ich will mich in der Sache selber weiter nicht aussprechen, sondern nur über die Art der Behandlung. Trotzdem das Problem eingehend untersucht worden ist- der Bericht, den wir Ihnen erstattet haben, legt Zeugnis davon ab - sind wir, um ja nichts Voreiliges zu tun und ja nicht eine Konvention zu begraben, die würdig wäre, angenommen zu werden, zum Schlusse gelangt, dass die Frage noch weiter untersucht und offen bleiben solle. Wir sind darüber alle einig und auch die Kommission hat sich auf diesem Boden gefunden. Wir sind auch darüber einig, dass die Schweizerische Unfallversicherungsanstalt in Luzern die Aufgabe übernimmt und uns praktische Vorschläge machen soll. Ich glaube, es ist gegeben, dass diese Anstalt, die bekanntlich nicht nur Unfälle,

sondern auch Berufskrankheiten versichert, berufen ist, diese Untersuchung durchzuführen und das Problem nach allen Seiten abzuklären.

Es besteht nun nur noch eine einzige Differenz. Die Kommission beantragt im Einverständnis mit dem Bundesrat, dass sobald als möglich ein weiterer abschliessender Bericht mit Antrag eingereicht werde; die Vertreter der Linken haben gewünscht, dass die Zeit limitiert werde, innert welcher der Bericht eingereicht werden soll, nach Antrag von Herrn Rosselet auf zwei Jahre. Das ist ungefähr auf den 30. Juni 1931. Nach Besprechung mit dem Präsidenten der SUVA, Herrn Schüpbach, bin ich in der Lage, Ihnen zu sagen, dass ich im Prinzip die Frist annehmen kann. Ich bitte aber Herrn Rosselet um die Zustimmung, die Frist bis auf Ende 1931 d.h. auf rund 2 $\frac{1}{2}$ Jahre zu erstrecken, damit die Möglichkeit besteht, die Enquête mit der Gründlichkeit, die sie erfordert, durchzuführen. Ich glaube, die Kommission könnte sich damit einverstanden erklären, und die Angelegenheit wäre damit auf den Weg einer objektiven Untersuchung und einer restlosen Abklärung gewiesen.

M. R o s s e l e t : Les membres de la commission chargés d'étudier la question de la nocivité de la céruse sont unanimes, à quelque parti politique qu'ils appartiennent, à déclarer que la céruse a des propriétés néfastes. Ils se divisent, lorsqu'il s'agit de savoir s'il est possible, rapidement ou immédiatement, de renoncer à l'usage de la céruse, ou bien si c'est une question qui doit être encore étudiée.

Lorsqu'on examine ce problème, on est frappé de voir que ce n'est pas d'aujourd'hui qu'il préoccupe, non seulement l'opinion des intéressés directs, des peintres, de ceux qui utilisent journallement cette matière dangereuse, mais aussi de larges milieux de la population.

Dans notre pays, des efforts ont été faits, à plusieurs reprises, entre autres en 1905, par l'association suisse pour la protection internationale des ouvriers dans le sens de la

suppression totale.

Le 10 mars 1905, le Vorort de l'association suisse pour la protection internationale des ouvriers envoyait aux communes et aux gouvernements cantonaux une circulaire dans laquelle recommandait la suppression de l'utilisation de la céruse et cette circulaire est signée de personnes qui certainement ne sortent pas des milieux ouvriers. Le président du Vorort, à ce moment-là, était M. Frey, ancien conseiller fédéral et le vice-président, M. Steiger, conseiller national.

En 1905 donc, ces Messieurs recommandaient aux gouvernement cantonaux d'introduire chez eux une limitation, sinon une suppression totale, de l'utilisation de la céruse et, déjà à cette époque, pour recommander cette décision, ils s'appuyaient sur des essais qui, à leur point de vue, avaient démontré complètement la possibilité de remplacer la céruse par d'autres produits analogues n'ayant pas du tout la même nocivité.

On dit dans cette circulaire: "L'objection que les couches de blanc de zinc couvrent bien moins les matières et sèchent plus lentement que celles de céruse, engagea en 1902 la Société de médecine publique de Paris de faire procéder par des experts à des essais comparatifs de peinture à blanc de zinc et à la céruse. Ces essais ont démontré que la propriété de s'étendre et de couvrir les matières étaient les mêmes pour ces deux couleurs et que les deux se séchaient aussi rapidement l'une que l'autre tant à l'intérieur qu'à l'extérieur. Quant au prix, il n'y a pas une bien grande différence entre les deux substances, et l'on n'a pas fait des expériences défavorables sous le rapport de la résistance du blanc de zinc à la température."

On affirmait donc en 1905 déjà, et sur la foi d'expériences faites par des personnes compétentes, qu'il était pratiquement et techniquement possible de remplacer la céruse dans les utilisations qui en sont faites.

Non seulement cette démonstration a été faite théoriquement mais elle a été faite depuis longtemps déjà dans la pratique. M. le Rapporteur français de la commission a parlé d'une des principales maisons de Paris, créée il y a près de 100 ans par un ouvrier peintre. Celui-ci ayant vu lui-même les conséquences tragiques, pour les peintres, de l'utilisation de la céruse a voué tous ses efforts, pendant des dizaines d'années à trouver certains procédés de peinture qui permettent d'éliminer complètement l'utilisation de la céruse. Il y a réussi. Cette maison, qui travaille actuellement avec plus de deux mille ouvriers, n'utilise jamais de céruse. Elle a fait, par la pratique et pendant un nombre considérable d'années, la preuve qu'il était parfaitement possible de se passer totalement de la céruse tant à l'intérieur qu'à l'extérieur des bâtiments.

D'autres spécialistes, des chimistes, sont arrivés exactement aux mêmes conclusions.

Jules Louis BRETON, membre de l'Institut de France et ancien ministre de l'hygiène et de prévoyance sociale, s'est occupé tout spécialement de cette question et le résultat de ses études a été, pour lui aussi, qu'il était parfaitement possible de faire abstraction totale de l'utilisation de la céruse et il conclut son travail, après avoir démontré par des expériences successives qu'il était possible de ne pas utiliser de céruse, en déclarant que, seule, la routine, la pure routine, poussait à l'emploi de la céruse et que c'était une invraisemblable absurdité et un défi au bon sens que de continuer. Je crois qu'il touchait là, au noeud même de la question. S'il y a une difficulté telle à éliminer un produit nocif, c'est certainement parce qu'on se heurte, dans la pratique, à la résistance d'une quantité de toutes petites entreprises, ne disposant pas de moyens techniques perfectionnés, d'entreprises routinières qui ne sont pas capables de se mettre au niveau du progrès et qui prétendent la céruse nécessaire

simplement parce qu'elles ont des habitudes acquises et parce qu'elles ne veulent pas adopter des méthodes nouvelles qui leur permettraient de protéger la santé de leurs ouvriers.

Nous avons la conviction absolue, si l'on veut examiner le problème technique d'une façon impartiale, on arrivera à la conclusion que la suppression de la céruse est, non seulement possible, mais nécessaire aussi, tant au point de vue des intérêts des patrons que des intérêts des ouvriers-peintres.

nommée dans la
Lors des discussions dans la commission/précédente légis-
lature, une minorité, composée des membres socialistes et
communistes de la commission, réclamaient la ratification
immédiate de la Convention.

La commission s'est réunie à nouveau après sa modification ensuite des dernières élections, et nous avons pu constater qu'il était produit un certain revirement dans l'opinion de l'Office fédéral du travail et en tout cas dans l'opinion de la SUVA. On nous a dit que si l'on acquerrait la certitude par les expériences techniques que la céruse était remplaçable par d'autres produits, on n'aurait guère d'hésitations, non seulement à ratifier la Convention qui ne prévoit la suppression de la céruse que pour la partie intérieure des bâtiments, mais encore à réclamer la suppression totale de la céruse de façon à ne plus laisser un risque quelconque d'intoxication.

Devant cette tendance nouvelle, la minorité a pensé qu'elle pouvait se rallier à cette opinion de la commission qui désirerait attendre le résultat des expériences avant de se prononcer définitivement. C'est la raison pour laquelle nous avons renoncé à demander la ratification immédiate de la Convention et consentit à un atermolement plus ou moins long. Cependant pour que le délai d'attente ne soit pas trop prolongé et aussi pour marquer notre volonté d'arriver à une solution le plus rapidement possible, le groupe auquel

j'appartiens, demande que soit modifiée la rédaction de la proposition de la commission dans le sens d'une limitation de la période accordée pour l'examen du problème.

Nous vous demandons de fixer un délai de deux ans ce qui transformerait le texte de la commission de la façon suivante:

"La commission prend acte du rapport du Conseil fédéral. Le Conseil fédéral est invité à présenter aux Conseils législatifs dès que les études de la SUVA le permettront et au plus tard dans un délai de deux ans, un rapport définitif sur l'ensemble de la question de la céruse avec ses propositions."

Si nous pouvons nous déclarer d'accord avec ce délai, c'est que nous avons la conviction profonde que les études faites d'une façon impartiale- nous voudrions qu'elles le soient d'accord avec les intéressés- amèneront la conclusion que la céruse est remplaçable. Il n'y aura plus alors aucune raison quelconque de ne pas supprimer la céruse, non seulement à l'intérieur des bâtiments, mais aussi à l'extérieur. On nous a dit que le nombre des vies humaines menacées par la céruse étaient relativement minime parce que les mesures de protection prises arrivaient à limiter les risques. Ces risques n'ont pas été supprimés par les mesures de protection; ils subsistent. Si nous avons une possibilité de les faire disparaître complètement de façon que l'intoxication même ne puisse plus se produire, je pense que nous n'aurions, les uns et les autres, aucune hésitation à ratifier une interdiction totale.

Je vous prie donc de ratifier la décision de la commission amendée dans le sens de la limitation du délai d'examen fixé pour la solution de ce problème.

B r ü g g e r , Berichterstatter: Mir ist eine Limitierung an sich persönlich nicht sehr sympatisch, weil es sich hier um ein wissenschaftliches Problem handelt, das sich schwer in zeitliche Grenzen einspannen lässt. Aber ich will der Sache keine Opposition machen. Ich habe auch gehört, dass die andern

Mitglieder der Kommission einverstanden sind, sodass also ein einheitlicher Beschluss zustande kommt. Es kommt dadurch auch zum Ausdruck, dass die Behandlung des Geschäftes möglichst rasch vor sich geht, als eine Art moralische Pression an die Unfallversicherungsanstalt. Diese hat aber seinerzeit schon erklärt, dass sie die Sache mit aller Beschleunigung behandeln werde. In Variation eines geflügelten Wortes von gestern hätte mir aber auch Herr Dir. Tzaut genügt. Die Kommission erklärt sich also mit der Befristung einverstanden.

M. R o s s e l e t : Je suis absolument d'accord avec la proposition de M. le conseiller fédéral Schulthess de porter le délai au 31 décembre 1931.

M. G o t t r e t , rapporteur: Je n'aurai pas l'outrecuidance de me montrer plus royaliste que le roi et je me rallie à la proposition formulée par M. le Président de la Commission.

M. G r a b e r , vice-président: Ainsi donc tout le monde est d'accord sur la proposition de M. le Conseiller fédéral Schulthess.

Cette proposition est adoptée.

An den Ständerat.

Au Conseil des Etats.

- - - - -

47/2454 Handelsvertrag mit Deutschland. Zusatzabkommen.

Botschaft und Beschlussentwurf vom 7. Mai 1929(B'bl.I,)

Antrag der Kommission: Eintreten und Annahme des Beschlussentwurfes.

Berichterstatter: Hr. Odinga.

47/2454 Traité de commerce avec l'Allemagne. Arrangement additionnel.

Message et projet d'arrêté du 7 mai 1929(FF I,)

Proposition de la commission: Passer à la discussion des articles et adopter le projet d'arrêté.

Rapporteur: M. Odinga.

O d i n g a , Berichterstatter: Das Zusatzabkommen mit Deutschland hat keine allgemeine Tragweite und keine einschneidenden Änderungen zur Folge und ist lediglich eine Verbesserung der heutigen Situation einzelner Industrien, die der Vertrag von 1926 übergangen hatte.

Mit kurzen Worten möchte ich über die, durch dieses Zusatzabkommen sich ändernden Verhältnisse dieser Industrien unterrichten. Die Uhrenindustrie hatte sich mit Recht über den empfindlich fühlbaren Unterschied zwischen den schweizerischen und deutschen Zöllen auf Uhrenschalen beklagt. Ich verweise auf Seite 2 und 3 der Botschaft. Das Abkommen, das nun geschlossen worden ist, reduziert nicht nur die deutschen und schweizerischen Zölle auf Uhrenschalen, es setzt gleichermaßen die deutschen Zölle auf fertige Uhren herab und dient somit den Interessen unserer Uhrenindustrie.

Ein zweiter wesentlicher Bestandteil dieses Zusatzabkommens ist die Verzollung der elektrischen Ausrüstung für Automobile, Motorfahräder und Flugzeuge. Die Verhältnisse lagen hier ähnlich wie bei der Uhrenindustrie. Auch hier ist ein Ausgleich des gegenseitigen Zollschatzes vorgenommen worden. Sie finden diese Verhältnisse auf Seite 4 der Botschaft dargestellt.

Ein dritter Punkt, der durch dieses Zusatzabkommen geregelt wird, besteht in der Festlegung einer Reihe von Streitfragen in der Auslegung verschiedener Bestimmungen des Vertrages von 1926. In der Zeit seit 1926 hat sich nämlich erwiesen, dass bei einigen Positionen des Zolltarifes Unstimmigkeiten zwischen der deutschen und der schweizerischen Auffassung bestanden haben und bestehen. Die Vertragsunterhändler haben sich bemüht, auch diese Unstimmigkeiten zu beseitigen.

Zu diesem Hauptinhalt des Zusatzabkommens kommen einige deutsche Begehren. Deutschland verlangte in erster Linie die Aufhebung der Zollbindung für Schuhe. Diesem Begehren ist für gewisse Schuhe unsererseits entsprochen worden. Sie werden sich an Zeitungsmeldungen erinnern, dass im deutschen Reichstag

vor kurzer Zeit darauf hingewiesen worden ist, dass die Zollbindung, die für Schuhwaren mit der Schweiz eingegangen wurde, zu künden sei. Es hätte das ganze Vertragsabkommen mit Deutschland gefährdet werden können, wenn der Beschluss des Reichstages zur Durchführung gekommen wäre. Deutschland leidet nämlich zur Zeit an einer enormen Ueberschwemmung mit tschechischen Schuhwaren. Diese Ueberschwemmung Deutschlands mit Schuhwaren aus der Tschechoslowakei macht heute mehr als das Zehnfache der Einfuhr in den letzten Jahren aus. Und was das für ein Land zu bedeuten hat, brauche ich Ihnen wohl nicht auseinanderzusetzen. Wie Sie den Beilagen zur Botschaft des Bundesrates entnehmen können, ist man entgegengekommen, soweit dies für uns möglich war.

Eine neue Verzollung ist für Wollgewebe mit versponnener Kunstseide eingeführt worden. Sie wissen, dass wir in in dem bestehenden Gebrauchstarif die Bestimmung haben, dass Wollgegenstände und Baumwollartikel, die mit Seide versehen sind, nach der höchsten Position, d.h. als Seidenposition verzollt werden müssen. Nachdem diese Gespinste in Verbindung mit Kunstseide hergestellt werden und je länger je mehr aufkommen, hat man es als eine drückende Ungerechtigkeit empfunden, dass diese Waren, die ja an sich einen geringeren Wert haben, zu den gleichen Ansätzen wie Seide verzollt werden müssen. Deshalb hat man hier zunächst durch Schaffung einer Position 447 b 1 Waren aus Seide, Floretseide, Kunstseide am Stück aus Kunstseide und Wolle im Gewichte von mehr als 300 Gramm per m² mit einem Gehalt von höchstens 15 Gewichtsprozenten an im Garn versponnener Kunstseide, zu einem Zollansatz von Fr. 240 eine Neuregelung getroffen mit einem weiteren MB; "Sofern der gesamte Gehalt an mitversponnener Kunstseide nicht mehr als 2 Gewichtsprozent ausmacht, fällt er für die Verzollung ausser Betracht," d. h. Gegenstände aus Wolle werden eben einfach, wenn sie in Verbindung mit 15 % versponnener Kunstseide sind, als Wollartikel behandelt.

Dazu kommt noch, dass für Damenmäntel aus Wollgeweben mit Pelzbesatz am Kragen- es handelt sich um die billigen kleinen Pelze, die auf den Damenmänteln angebracht werden, die wiederholt Gegenstand der Besprechung zwischen unsern Zollbehörden und den interessierten Kreisen gewesen sind- eine Ex-Position geschaffen wird. Der bisherige Zollsatz war für die ganze Position für Damenmäntel aus Wollgewebe mit Pelzbesatz am Kragen, an den Aermelaufschlägen und untern Mantelsaum 800 Fr. Dafür wird eine Ex-Position geschaffen mit einem Zollansatz von 500 Fr.

Die Industrie hat sich mit diesen Abänderungen einverstanden erklärt. Das Zusatzabkommen ist geeignet, gewisse Schwierigkeiten, welche sich aus der Handhabung des Hauptvertrages von 1926 ergeben haben, zu beheben. Die Kommission des Nationalrates empfiehlt Ihnen einstimmig die Genehmigung des Bundesbeschlusses.

Eintreten wird beschlossen.

L'entrée en matière est décidée.

Titel und Ingress.

Titre et préambule.

Angenommen. - Adopté.

Art. 1.

Angenommen. - Adopté.

Art. 3.

Angenommen. - Adopté.

Gesamtabstimmung. Votation sur l'ensemble.

Für Annahme des Bundesbeschlusses: Mehrheit.

Dagegen Minderheit.

An den Ständerat.

Au Conseil des Etats.

- - - - -

46/2439 Weltwirtschaftskonferenz in Genf. Genehmigung
des Abkommens.

Botschaft und Beschlussentwurf vom 22. März 1929.
(B'bl. I, 393.)

Antrag der Kommission: Eintreten und Annahme des Beschlussesentwurfes.

Berichterstatter: Hr. Odinga.

46/2439 Conférence économique de Genève. Ratification
des conventions.

Message et projet d'arrêté du 22 mars 1927 (FFI, 389.)

Proposition de la commission: Passer à la discussion des articles et adoption du projet d'arrêté.

Rapporteur: M. Odinga.

O d i n g a : Die Vorlage, die wir zu behandeln haben, ist das erste Resultat der Weltwirtschaftskonferenz von 1927, ein lebendiger Beweis des Interesses, das der Völkerbund heute den wirtschaftlichen Fragen entgegenbringt. Man scheint allmählich zur Ueberzeugung zu kommen, dass der politische Frieden in hohem Mass vom wirtschaftlichen Frieden abhängt. Der frühere Schutz der Staaten war durch Zollansätze geregelt, die, wenn sie auch gelegentlich erhöht wurden, immer eine klare Situation ergaben. Seit dem Kriege hat sich diese klare Situation früherer Jahre geändert. Seit dem Kriege haben wir nämlich ein System von Ein- und Ausfuhrverboten und Ein- und Ausfuhrbeschränkungen, wir haben ein System von differenzierten Tarifen, welche die Wiederaufnahme normaler Beziehungen zwischen den Staaten sehr erschwert. Die Schweiz hat seit mehreren Jahren auf alle Verbote oder Beschränkungen sowohl für die Ein- als auch für die Ausfuhr verzichtet. Wir konnten daher mit Interesse die Bestrebungen derer verfolgen, die diesem System in allen Staaten ein Ende zu bereiten trachten. Unsere Industrie, die zur Hauptsache eine Veredlungsindustrie ist, hat vor allem ein vitales Interesse daran, dass die Produzenten der Rohstoffe nicht systematisch die Ausfuhr der Rohstoffe verhindern in der

Absicht, sie einzig im eigenen Lande zu verarbeiten oder aus Konkurrenzgründen die Ausfuhr durch alle möglichen Zollschikanen zu erschweren.

Wenn nun das Wirtschaftskomitee sich deutlich gegen das System der Ein- und Ausfuhrverbote ausgesprochen hat, musste es sich doch Rechenschaft geben über die Unmöglichkeit, dieselben im gegenwärtigen Moment gänzlich zu unterdrücken. So enthält das Abkommen in erster Linie allgemeine Ausnahmen, die in Art. 4 der Uebereinkunft niedergelegt sind. Sie finden sie auf Seite 30 der Botschaft, ich will sie Ihnen nicht vorlesen. Diese Ausnahmen entsprechen kurz gesagt den Bestimmungen, die wir in den Handelsverträgen, welche mit den verschiedenen Staaten abgeschlossen wurden, enthalten sind. Es ist alles das darin enthalten, was wir selbst als unsere Forderungen für die Handelsverträge bezeichnet haben.

In zweiter Linie trägt die Uebereinkunft ausserordentlichen und anormalen Verhältnissen Rechnung, beispielsweise Inflationskrisen und schafft in Art. 5 die Generalausnahme, die auch der in unserem neuen Zolllarifgesetz niedergelegten Auffassung entspricht. Sie sagt, dass diese Uebereinkunft in keiner Weise das Recht jedes hohen vertragschliessenden Teiles berühre, Massnahmen zum Verbote oder der Beschränkung der Ein- und Ausfuhr zu treffen, um unter ausserordentlichen und anormalen Umständen, die lebenswichtigen Interessen des Landes zu schützen. Eine ähnlich umschriebene Bestimmung ist im Entwurfe unseres neuen Generalzolllarifgesetzes enthalten.

Drittens enthält Art. 6 Ausnahmen. Es war unmöglich, von einzelnen Staaten die Zustimmung zum Abkommen zu erhalten, ohne das Zugeständnis gewisser Restriktionen, die sie für ihre wirtschaftliche Wohlfahrt als wesentlich betrachteten, auf Zeit hin aufrecht zu erhalten. So wollte, um ein Beispiel zu geben, England nicht auf das Einfuhrverbot für Farbstoffe verzichten, das nach dem Wortlaut des Gesetzes noch bis 1930 aufrecht erhal-

ten bleiben sollte. Sie finden diese Bestimmungen in Art. 6 und die Anlagen dazu auf Seite 37 der Botschaft. Dort sind die Ausnahmen, die die verschiedenen Staaten für sich, entweder für die Ein- oder für die Ausfuhr, vorläufig aufrecht erhalten wissen wollen, aufgezählt.

Unsere interessierten Industrien halten diese Beschränkung welche durch das Zugeständnis dieser wenigen Restriktionen entsteht, für weniger unleidlich als einen prohibitiven Zoll. Andere Staaten haben, wie England, eine gleiche Behandlung für den gleichen Artikel, für Farbstoffe beispielsweise Japan, andere namentlich für Kohle, sich ausbedungen. Keine dieser Ausnahmen, ich möchte das feststellen, hat für uns eine nennenswerte Bedeutung.

Die Beratungen der Wirtschaftskonferenz liessen zwei Artikel in Erscheinung treten, die für das Schicksal des Abkommens entscheidend waren, die Häute und Felle einerseits und die Knochen anderseits. Entgegen alle andern Waren übersteigt bei ihnen die Nachfrage überall das Angebot ganz bedeutend. So beharren die Staaten auf der Aufrechterhaltung der Einfuhrverbote und Einfuhrbeschränkungen für diese Rohstoffe. Die schweizerischen Unterhändler haben seit dem Jahr 1922 immer und immer wieder bei allen Handelsverträgen versucht, diese Barriere wegzuschaffen; aber alle diese Anstrengungen waren vergebens. Wir haben hier einen typischen Fall der Unmöglichkeit, zu einer befriedigenden Lösung durch bilaterale Abkommen zu gelangen. Es zeigt sich hier an diesem Beispiel die Notwendigkeit, durch multilaterale Massnahmen ein Resultat zu gewinnen. Man hat deshalb diese beiden Artikel aus der Konvention ausgeschlossen und sie in Spezialabkommen verwiesen.

Das Abkommen über die Häute und Felle unterdrückt die Ausfuhrverbote und Einschränkungen vollständig. Es wird uns in der Schweiz verpflichten, unseren bestehenden Ausfuhrzoll aufzuheben. Diese Massnahme entspricht auch den Wünschen unserer Landwirtschaft und unserer Metzgerschaft. Die Gerberei hat begriffen,

dass die Regelung, wie sie durch dieses Spezialabkommen getroffen wird, schliesslich auch im Interesse der Gerberei liegt.

Die Regelung über die Knochen beschränkt sich darauf, die Ausfuhrzölle zu limitieren. Auch hier gewinnen wir mehr als wir verlieren. Wir haben die Möglichkeit, unseren gegenwärtigen Zoll von 1 Fr. auf 1 Fr. 50 zu erhöhen, wir brauchen das aber nicht zu tun. Italien, das in dem Handelsvertrag mit uns den Zoll für diesen Artikel gebunden hat, bleibt uns gegenüber durch den im Handelsvertrag niedergelegten Zoll von 2 Lire gebunden.

Die Uebereinkunft fällt dahin, wenn die Abkommen nicht ratifiziert werden. In Art. C des Zusatzabkommens, (Seite 45 fg. der Botschaft), finden Sie, dass jeder Staat die Ratifizierung abhängig machen kann von der Unterzeichnung durch andere Staaten. Der Bundesrat wünscht in dem Bundesbeschluss, den er uns vorlegt, dass ihm die Ermächtigung zur Ratifizierung erteilt werde auch wenn nicht alle Staaten unterzeichnen, die in der Liste des Artikels C erwähnt sind. Unsere Kommission glaubt, dass diese Vollmacht dem Bundesrat erteilt werden solle. Wir haben in der Tat keinen Grund, deshalb auf die Ratifizierung zu verzichten, weil ein Staat sie nicht vornehmen will, der für uns von keiner Bedeutung ist. Für uns ist von Bedeutung, dass diejenigen Staaten den Pakt unterzeichnen, mit denen wir in einem handelsvertraglichen Verhältnis stehen. Es kann uns vollständig gleichgültig sein, wenn irgend ein uns fern stehender Staat die Unterzeichnung nicht vornimmt.

Im Namen der einstimmigen Kommission empfehle ich Ihnen auch hier die Genehmigung des Bundesbeschlusses.

M. Wulliamoz: Les conférences économiques de Genève sous les auspices de la Société des Nations ont suscité en agriculture un intérêt et une attention des plus soutenues, notamment en ce qui concerne les conventions internationales visant à l'abolition des restrictions à l'importation et à l'exportation.

Cela se comprend Messieurs car la production agricole de la Suisse a subi de tels assauts par la concurrence étrangère que tout ce qui risque de porter atteinte à notre armature de résistance éveille des craintes justifiées.

La situation économique d'après-guerre est lourdement chargée par l'affreux bilan des années de dévastation, de ruines, de privation et de deuil.

N'est-il pas naturel que tous les efforts des pays appauvris par tant de sacrifices en vie humaine, en matériel, en finances, tendent maintenant à recouvrer les débouchés perdus, à améliorer la balance commerciale (baromètre de la richesse) à intensifier dans tous les domaines la production nationale.

Efforts louables qui profitent aux Etats où le commerce, l'industrie et l'agriculture ne sont pas handicapés par des frais de production élevés, pays qui jouissent de grands prestiges internationaux, qui parlent avec autorité dans la discussion de traités de commerce ou dont les frontières s'ouvrant sur les mers profitent de toutes les ressources de la navigation.

Qu'en est-il par contre des petits Etats comme le nôtre dont le rocher qui borde nos campagnes réduit la part du lot universel? Puis nous ne disposons pas de ressources spéciales et notre sous-sol rocailleux ignore les richesses qui font germer par ailleurs la prospérité. Pour notre agriculture, en particulier, la concurrence des produits des contrées plus favorisées par la nature, le climat, la configuration du sol, est une perpétuelle menace et c'est pour n'avoir pas pris assez tôt des mesures de protection dans le dernier quart du siècle dernier, que la sève paysanne a coulé goutte à goutte et provoqué des ruines auxquelles on a fait allusion l'an passé dans cette salle en discutant une aide provisoire à l'agriculture.

Aussi, lorsque nous avons pu lire dans le compte-rendu des assises de Genève:

"La conférence recommande (page 31) que les nations prennent immédiatement des mesures pour supprimer ou abaisser les barrières douanières qui opposent de graves obstacles aux échanges internationaux en commençant par celles destinées à faire face à des perturbations temporaires résultant de la guerre", quand nous avons lu, dis-je, des déclarations, nos craintes ont été sérieusement éveillées. Il est vrai que dans le message à discuter aujourd'hui, page 2, se trouvent également des déclarations de la Conférence économique qui disent:

"La conférence affirme l'importance primordiale de l'agriculture dans chaque Etat et déclare qu'il faut la placer sur un pied d'égalité avec l'industrie et le commerce. En conséquence, la Conférence considère comme une question vitale pour l'humanité dans le domaine économique, d'accroître la production agricole et de lui donner une importance aussi grande qu'à l'industrie."

Si nous pouvons nous rallier aux dispositions contenues dans le texte de cette convention internationale, c'est sous réserve expresse des déclarations contenues dans le message, sous article 5, déclarations auxquelles a déjà fait allusion M. le président Odinga et qui disent que "rien dans la présente Convention, ne portera atteinte au droit de toute haute partie contractante de prendre des mesures de prohibition ou de restrictions à l'importation ou à l'exportation pour sauvegarder dans des circonstances extraordinaires et anormales, les intérêts vitaux du pays."

Ces réserves sont absolument nécessaires dans le but de préserver l'agriculture d'un envahissement toujours possible des produits étrangers et de sauvegarder le cheptel bovin des atteintes de maladies épidémiques contagieuses ainsi qu'en témoignent les dispositions de l'article 4: "La présente Convention ne soumet pas à l'application des prohibitions ou des restrictions, les mesures destinées à la protection des ani-

maux ou des plantes contre les maladies, les insectes et les parasites nuisibles".

Notre pays, ne l'oublions pas, se trouve en présence de jeunes Etats dans l'est de l'Europe qui bouillonnent au désir de prendre rang sur le marché mondial, pays essentiellement agricoles où le régime de la grande propriété, la richesse du sol ou le bas prix des terres abaissent considérablement le coût de la production et représentent pour notre agriculture une concurrence redoutable. Dans la conclusion des traités de commerce, les relations sont rendues difficiles à nos négociateurs par le fait que ces pays n'empêchent pas toute protection douanière pour permettre à leurs produits du sol de s'exporter avec facilité. Ils sont prêts même à sacrifier leur industrie pour autant que l'agriculture trouvera des débouchés à l'étranger.

J'estime que si nous nous rallions à la Convention précitée, c'est sous la réserve expresse que notre pays pourra faire usage des dispositions contenues dans l'art. 5.

Au reste, la situation de l'agriculture dans le monde entier est précisée dans le bulletin remis à tous concernant la conférence économique internationale et qui dit:

"L'agriculture est dans le monde la profession de la majorité des travailleurs. Ses diverses productions représentent en valeur la plus forte part du travail humain ainsi que l'échange de ses produits contre des produits industriels et du commerce mondial. Les populations agricoles demeurent pour l'humanité le réservoir capable de préserver leurs peuples du déchet humain qui pourrait résulter d'un développement industriel exagéré."

Placé dans des conditions spéciales, difficiles, notre pays doit faire tout son possible, pour éviter que la concurrence étrangère ne vienne affaiblir notre production nationale.

Abstimmung.

Vote.

Für Annahme des Beschlusssentwurfes:

Einstimmigkeit.

An den Ständerat.

Au Conseil des Etats.

17/2403 Mieterschutz. Aenderung des ZGB und des OR.

17/2403 Protection des locataires. Revision du CC
et du C.O.

(Stenographisches Bulletin S.246-251.)

(Bulletin sténographique p. 246-251.)

- - - - -

Um 12²⁵ Uhr wird das Referat abgebrochen.

Le rapport est interrompu à 12 h.25.

- - - - -

Auf Vorschlag des Präsidenten wird auf 16³⁰ Uhr
eine Nachmittagssitzung angesetzt.-

Sur la proposition du président, le conseil
décide de tenir une séance de relevée dès 16 h.30.

- - - - -

Schluss der Sitzung 12.30 Uhr.

Séance levée à 12 h. 30.

- - - - -

NR 4. Sitzung vom 06.06.1929

CN 4. séance du 06.06.1929

In	Protokolle der Bundesversammlung
Dans	Procès-verbaux de l'Assemblée fédérale
In	Verbali dell'Assemblea federale
Jahr	1929
Année	
Anno	
Signatur	CH-BAR#E1301#1960/51#275
Cote	
Segnatura	
Session	Ordentliche Sommersession (03.06.1929-22.06.1929)
Session	Session ordinaire d'été (03.06.1929-22.06.1929)
Sessione	
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	04
Séance	
Seduta	
Datum	06.06.1929
Date	
Data	
Seite	128-173
Page	
Pagina	
Ref. No	100 001 031

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.